



Regensburger Flüchtlingsforum
c/o Marion Puhle
Lederergasse 7
93047 Regensburg

Tel: 0941 – 595 6778
Email: puma46@t-online.de
Handy: 0175 – 523 88 09
Fax: 0941 – 595 6887

Pressemitteilung des Regensburger Flüchtlingsforum

Wegen Sicherheitsgefährdung „kein Internetanschluss“ für Flüchtlinge

Regensburg, den 30.10.2008

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachdem die schulischen Anforderungen vor Flüchtlingskindern nicht Halt machen, hat sich das Regensburger Flüchtlingsforum mit der Bitte an die Regierung der Oberpfalz gewandt, einen Internetanschluss einzurichten.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten:

So vertritt das Sozial- u. Innenministerium die Auffassung: „Gegen einen Internetanschluss sprechen sicherheitsrelevante Belange. Wenn in einer Gemeinschaftsunterkunft ein Internetanschluss akzeptiert wird, ist dies aus rechtlichen Gründen in allen Gemeinschaftsunterkünften gleich zu behandeln. Es ist mittlerweile bekannt, dass sog. Gefährder auch per Internet kommunizieren. Nachdem nicht auszuschließen ist, dass in die Gemeinschaftsunterkünfte Gefährder eingeschleust werden, fallen bei der vorzunehmenden Rechtsgüterabwägung die sicherheitsrechtlichen Belange höher ins Gewicht.“

Hier geht es aber um Schulkinder, die den heutigen Anforderungen der Schule genügen müssen und auch wollen. Dazu gehört auf der Umgang mit dem PC .

Die Vorbereitung zu Referaten, Recherchen oder einfach Informationen zu einem bestimmten Thema sammeln, den Kindern in der Schule wird das abverlangt.

So können Kinder aus Flüchtlingsfamilien die Hausaufgaben, die über das Internet abverlangt werden, nicht vorlegen, da ihnen aus sicherheitsrelevanten Bedenken kein Internetanschluss zu Verfügung gestellt wird.

Wir sehen hier den Grundsatz der Chancengleichheit verletzt.

Jede noch so gut gemeinte Verbesserung, könnte mit der Auffassung, es bestünden sicherheitsrelevante Bedenken, abgeschmettert werden.

Würden sich sog. Gefährder in eine Unterkunft einschleusen und über das Internet kommunizieren, so wäre der Zugriff der Behörden um ein Vielfaches leichter, da wir davon ausgehen, dass der Internetzugang durch die Behörden überwacht wird.

Die Argumentation hinkt und dient offensichtlich dazu, der Benachteiligung Tür und Tor zu öffnen.

Somit versteht das Regensburger Flüchtlingsforum auch, warum mit der Anbringung einer adäquaten Briefkastenanlage für die Unterkunft gezögert wird.

Die Anregung, dass die Kinder, die während der Hausaufgaben unter Betreuung stehen, einen Internetzugang nutzen können, wurde ebenso wenig Rechnung getragen.

Antwort der Regierung: Wie soll eine Internetnutzung unter Aufsicht umsetzbar sein? Ich kann mir das nicht vorstellen (Antwort der Regierung).

An dieser Stelle sei der Bürgermeister Joachim Wolbergs zitiert, der seinerzeit gesagt hat:

(Mz 17.05.2008) „Asylkinder werden in Regensburg nicht anders behandelt, wie alle anderen Kinder bzw. deren Familien auch. Das war so und das wird unter meiner Verantwortung auch so bleiben“.

Wir dürfen nun Herrn Wolbergs, wenn man seinen Worten glauben schenken darf, an die Umsetzung seiner Worte erinnern. Lassen Sie den Worten, Taten folgen.

Wir bitten um Veröffentlichung

Mit freundlichen Grüßen

für das Regensburger Flüchtlingsforum

Marion Puhle